

**Protokoll Nr. 8/2017 über die Sitzung Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft der Stadt
Wilhelmshaven am Montag, den 14. August 2017 um 14:00 Uhr im Ratssaal**

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder Gruppe CDU/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion:

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Beigeordneter Jörg Mündenwarf
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial:

Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglied FDP-Fraktion:

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion:

Ausschussmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Mitglied AfW-Fraktion:

Beigeordneter Thorsten Moriß

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Oliver Leinert

von der Verwaltung:

Fachbereich 13 - Jan Bönisch
Fachbereich 13 - Eugen Folkers
Fachbereichsleitung 14 - Heike Hanseemann
Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation - Jens Müll
Fachbereich 20 - Torben Müller
Fachbereich 13 - Julia Muth
Fachbereichsleitung 20 - Jörg Valnion
Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht und
Leitung Referat 2 - Kultur - Marion Winkel-Fiedelak

Protokollführerin:

Fachbereich 20 - Sabrina Fürst

Sonstige:

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH - Michael Diers

als Gast:

Ratsherr - Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß
Ratsfrau - Helga Weinstock

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 19.06.2017 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat:</u> | |
| 4.1 | Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Wilhelmshaven für das Geschäftsjahr 2016 | 234/2017 |
| 4.2 | Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht 2016 (Kernverwaltung); Entlastung des Oberbürgermeisters | 105/2017 |
| 4.3 | Vollvermögensübertragung der "WGG Wilhelmshavener Grundbesitz- und Gebäude-Dienstleistungsgesellschaft mbH" auf die Stadt Wilhelmshaven | 191/2017 |
| 4.4 | Errichtung eines Kunstrasenplatzes für Hockeysport auf dem Gelände des Sportparks an der Freiligrathstraße (gemeinsamer Antrag der Gruppe CDU/WBV, SPD-Fraktion und Gruppe GrünUnabhängigSozial) | 524/2017 |
| 4.5 | Sanierung Feuerschiff „Weser“, Zukunft der Museumsschiffe | 184/2015 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u> | |
| 5.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss | 228/2017 |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen:</u> | |
| 6.1 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Wagner informierte darüber, dass der ständige Tagesordnungspunkt „Angelegenheiten der Rechnungsprüfung“ unter Mitteilungen und Anfragen nunmehr in den Rechnungsprüfungsausschuss verlegt wurde.

Herr Becker rügte den Aufkleber „FCK AfD“ auf dem Laptop des Ratsherren Tönjes, zweifelte die Zulässigkeit an und kündigte an, den Ratssaal zu verlassen,

soweit dieser öffentlich sichtbar bliebe. **Herr Tönjes** wies die vermutete Bedeutung und damit eine etwaige Unzulässigkeit des Aufklebers von sich.

Oberbürgermeister Wagner kündigte an, dass eine Entscheidung über die Zulässigkeit durch den Ältestenausschuss am kommenden Mittwoch während der Ratssitzung getroffen werden müsse. **Herr Becker** verließ den Ratssaal.

Die Tagesordnung wurde unverändert festgestellt und einstimmig angenommen.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 19.06.2017

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 19.06.2017 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Wilhelmshaven für 234/2017 das Geschäftsjahr 2016

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman richtete an den Verwaltungsrat der Sparkasse die Bitte, nach erfolgter Aufgabe der Zweigstelle in der Südstadt im betreffenden Stadtteil Bant / Südstadt eine flächendeckende Versorgung mit Geldautomaten sicherzustellen. Der nächste Geldautomat befände sich in der Nordseepassage und Bismarckstraße. Insbesondere für ältere Menschen stelle dies ein Problem dar.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Wilhelmshaven wird für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt.

4.2 Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht 2016 (Kernverwaltung); 105/2017 Entlastung des Oberbürgermeisters

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Valnion informierte über die wesentlichen Eckdaten des Jahresabschlusses 2016. So sei ein Jahresergebnis in Höhe von rd. 50,6 Mio. € erzielt worden – inklusive des außerordentlichen Ertrages durch die Stabilisierungshilfe in Höhe von

48,3 Mio. € (veranschlagtes Jahresergebnis 35,5 Mio. €). Hinsichtlich der Bilanz sei die Steigerung des Sachvermögens (3,9 Mio. €) insbesondere auf die Rückführung des Eigenbetriebes Städtische Datenverarbeitung in den Kernhaushalt zurückzuführen. Der Anstieg des Finanzvermögens um rd. 31,4 Mio. € sei in der Vollvermögensübertragung der WTF Stadtwerke GmbH begründet. Der Rückgang der liquiden Mittel (11,1 Mio. €) sei zu erklären mit der Rückabwicklung eines Grundstückverkaufes (JadeWeserPort) an das Land, das erst im Jahre 2016 erfolgt sei. Der Anstieg der Nettoposition um rd. 46,8 Mio. € sei in dem o. g. erzielten Jahresergebnis und somit in der Gewährung der Stabilisierungshilfe begründet. Infolgedessen konnten die Liquiditätskredite zum Jahresende vollständig abgelöst werden. Der Anstieg der Geldschulden (28,4 Mio. €) sei wiederum mit der Vollvermögensübertragung der WTF Stadtwerke GmbH zu erklären, da im Zuge dessen sowohl das Vermögen als auch die Schulden übernommen worden seien.

Herr Valnion führte weiterhin aus, dass der zum 01.01.2017 verbliebene Verlustvortrag bei rd. 38,5 Mio. € liege (Vorjahr: 89 Mio. €), der in Folgejahren durch weitere Überschüsse abgebaut werden müsse. Von zehn Abschlüssen seit der Einführung der Doppik in 2007 konnten drei positive Abschlüsse erzielt werden, 2007, 2015 und 2016. Neben den Bedarfszuweisungen des Landes in Höhe von insgesamt 15 Mio. € in den Jahren 2013 bis 2016 und der Stabilisierungshilfe im vergangenen Jahr, haben nicht zuletzt auch die vom Rat im Rahmen der Haushaltssicherungskonzepte beschlossenen Maßnahmen zu der Verbesserung der Haushaltssituation beigetragen. Im Rahmen der mit dem Land geschlossenen Stabilisierungsvereinbarung habe sich die Stadt bis 2026 verpflichtet, ausgeglichene Haushalte zu erzielen. Die Stadt unterliege im Rahmen dieser Vereinbarung nunmehr einer starken Kontrolle durch die Kommunalaufsicht. Herr Valnion verdeutlichte, dass aufgrund des noch bestehenden Verlustvortrages und der eingegangenen Vereinbarung der Haushalt weiter saniert werden müsse.

Frau Breuer bedankte sich in diesem Zusammenhang für die gute Arbeit im Fachbereich Finanzen.

Herr Dr. von Teichman bat um Erläuterung der Position Aufwendungen für Transferleistungen, die laut dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes besonders hoch ausgefallen seien. Hier seien die Bereiche Soziales und Krankenhaus erwähnt – bei Letzterem seien 5,7 Mio. € Verlustausgleich geleistet worden.

Herr Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass hinsichtlich der Klinikum WHV gGmbH keine Verlustausgleichszahlungen für 2015 und 2016 geflossen seien, lediglich eine Verlustausgleichsbuchung (zur Einstellung einer Geldschuld) sei erfolgt.

Herr Stoffers ergänzte, dass die bundesweit üblichen jährlichen Steigerungsraten im sozialen Leistungsbereich sowie zusätzlich die Flüchtlingsproblematik zu erhöhten Kostensteigerungen geführt hätten.

Herr Oberbürgermeister Wagner fügte hinzu, dass bereits sehr viele Flüchtlinge in das SGB II gemündet seien, so habe sich die Arbeitslosenquote flüchtlingsbedingt stark erhöht.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2016 der Stadt Wilhelmshaven (*Kernverwaltung*) unter Kenntnisnahme des Schlussberichts des Rechnungsprüfungsamtes, einschließlich der Stellungnahme des Oberbürgermeisters.
2. Das Haushaltsjahr 2016 schließt mit einem Gesamtüberschuss i.H.v. **50.629.235,19 €**.
3. Die Überschüsse des ordentlichen (1.461.577,51 €) sowie des außerordentlichen Ergebnisses (49.167.657,68 €) werden vollständig zur Abdeckung der Fehlbeträge aus Vorjahren verwendet.
4. Oberbürgermeister Wagner wird für das Haushaltsjahr 2016 Entlastung erteilt.

4.3 Vollvermögensübertragung der "WGG Wilhelmshavener Grundbesitz- und Gebäude- Dienstleistungsgesellschaft mbH" auf die Stadt Wilhelmshaven **191/2017**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Vermögensübertragungsvertrag, mit dem das Vermögen der WGG Wilhelmshavener Grundbesitz- und Gebäude-Dienstleistungsgesellschaft mbH i. L. auf die Stadt im Rahmen einer Vollvermögensübertragung (im Sinne des Umwandlungsgesetzes) übertragen wird und der im Entwurf als Anlage zu diesem Beschluss genommen ist, hiermit zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung zu treffen und entsprechende Beschlüsse in den zuständigen Gremien herbeizuführen.

4.4 Errichtung eines Kunstrasenplatzes für Hockeysport auf dem Gelände des Sportparks an der Freiligrathstraße (gemeinsamer Antrag der Gruppe CDU/WBV, SPD-Fraktion und Gruppe GrünUnabhängigSozial) **524/2017**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Leinert stellte klar, dass die Verwaltung dem Vorhaben äußerst kritisch und ablehnend gegenüber stehe. Seinerzeit habe die Verwaltung für die Plauenstraße einen Kurzflor-Kunstrasenplatz befürwortet, auf dem sowohl Hockey- als auch Fußballsport betrieben werden könne. Der Rat habe sich jedoch für einen Langflor-Kunstrasenplatz entschieden, auf dem kein Hockeysport ausgeübt werden könne. Ein Investitionsvolumen von 500 T€ im Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude führe in der Konsequenz dazu, dass andere Projekte verschoben werden müssten. Der Eigenbetrieb befinde sich bereits am Rande der Leistungsfähigkeit. Daneben wecke das Vorhaben Begehrlichkeiten bei anderen Vereinen. Herr Leinert berichtete darüber, dass seitens des WTHC vereinseigene Grundstücke auch für eine Wohnbebauung vermarktet werden könnten, um erforderliche Einnahmen für den Kunstrasenplatz zu generieren.

Herr Dr. von Teichman betonte seine Ablehnung gegenüber dem Vorhaben. Er sehe die damalige Ratsentscheidung zu einem Langflor-Kunstrasenplatz an der Plauenstraße als Fehlbeschluss an. Weiterhin gab er zu bedenken, dass anderen Vereinen ein solcher Platz nicht zugestanden worden sei.

Herr Hellwig unterstrich auf der einen Seite, dass die Fraktion CDU seinerzeit einen Kunstrasenplatz für beide Sportarten befürwortet habe, der Rat jedoch mit einer großen Mehrheit anders entschieden habe. Auf der anderen Seite solle der Hockeysport nicht „zu Grabe getragen“ werden. Daneben sei die Errichtung des Platzes auch für den Schulsport attraktiv und als Investition in die Jugend anzusehen – das NGW habe Interesse an den Hockeysport bekundet.

Herr Walpurgis stimmte den Ausführungen des Ratsherren Hellwig zu und betonte zusätzlich die Stärkung der Standortfaktoren. Der Vorsitzende Peter Celta habe eine 10- prozentige Beteiligung des WTHC sowie eine Zugabe in Form des Einbringens eines vereinseigenen Grundstückes angekündigt.

Herr Dr. Dr. Klinke-Mibert teilte seine Ablehnung gegenüber dem Antrag mit und gab zu bedenken, dass bei Einstellen der 500 T€ für den Hockeyplatz, an anderer Stelle eine Lücke entstünde und somit das Geld dort fehlen würde, wo es dringender benötigt werde.

Herr von den Berg betonte die überregionale Bedeutung des Sportparks und ergänzte, dass nicht nur das NGW Interesse zeige, sondern auch andere Vereine.

Herr Moriße äußerte sich dem Vorhaben gegenüber ebenfalls kritisch und unterstrich, dass bei angenommenen 50 Hockeyspielern eine Förderung von 10 T€ pro Spieler vorläge.

Herr Oberbürgermeister Wagner gab zu Bedenken, dass einer kleinen Gruppe vergleichsweise viel Geld für die Errichtung und damit der Förderung gegenüberstehe. Sinnvoller sei es, eine Gesamtlösung für alle Vereine anzustreben. Zur Disposition stehe die Frage, welchen Sportarten zugemutet werde, eigene Sportanlagen zu unterhalten und welchen Sportarten eine Vorfinanzierung oder vollständige Finanzierung durch die Nutzung städtischer Anlagen erlaubt werde.

Herr Heinemann betonte die vielseitige Nutzbarkeit des Kurzflor-Platzes, da dieser auch für den Fußballsport geeignet sei. Er forderte die Verwaltung auf, im Rahmen der Verhandlungsgespräche eine höhere Beteiligung als die 10 Prozent zu erzielen.

Herr Leinert entgegnete, dass die Verwaltung die vielseitige Nutzbarkeit gerne in der Plauenstraße realisiert hätte.

Herr Reese führte aus, dass die Investition zu einer Wertsteigerung der Anlage führe und damit nicht verloren sei.

Herr Oberbürgermeister Wagner gab zu Bedenken, dass GGS im Rückstand mit der Realisierung von Projekten sei und eine Realisierung des Platzes nicht vor 2020/2021 realistisch sei. Er wies auf die Deckelung im Wirtschaftsplan GGS infolge des Genehmigungsprozesses durch die Kommunalaufsicht hin und erläuterte, dass bei einer jetzigen Umsetzung andere Projekte zugunsten des Hockeyplatzes verschoben werden müssten. Er unterstrich, dass Pflichtaufgaben wie beispielsweise das Vorhalten von Schulgebäuden ohnehin Vorrang haben und informierte über den aktuell gestiegenen Bedarf an Grundschulplätzen.

Herr Dr. von Teichman monierte, dass die Vorsitzende Frau Breuer dem Ratsherrn Preuß kein zweites Wort erteilt hat und forderte, dass eine einheitliche Vorgehensweise angestrebt werden müsse.

Frau Breuer entgegnete, dass die Geschäftsordnung das einmalige Wortrecht vorgäbe und keine gravierenden neuen Erkenntnisse aus dem erneuten Wortbeitrag zu erkennen gewesen sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Für den Schul- und Vereinssport beantragen die Gruppe CDU/WBV, die Fraktion der SPD und die Gruppe GUS die Errichtung einer Spielfläche (Kurzflorkunstrasen) für den Hockeysport im Sportpark an der Freiligrathstraße für das kommende Jahr.

Nach Auskunft der GGS-Betriebsleitung betragen die zu erwartenden Gesamtkosten für die Errichtung eines Kunstrasenplatzes für den Hockeysport etwa 500.000€ (siehe Protokoll des Betriebs-

ausschusses GGS vom 09. März 2017). Entsprechend ist in den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes GGS für das Jahr 2018 eine Summe 500.000€ für die Errichtung des Hockeyplatzes aufzunehmen.

Der „Wilhelmshavener Tennis- und Hockeyclub“ (WTHC) ist im Rahmen seiner Möglichkeiten an den Kosten der Errichtung des Hockeyplatzes finanziell zu beteiligen (ggf. auch durch die Übertragung vereinseigener Grundstücke an die Stadt).

4.5 Sanierung Feuerschiff „Weser“, Zukunft der Museumsschiffe

184/2015

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, las die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Wagner erläuterte, dass die Verwaltung die alte Beschlussvorlage, die aus 2015 stamme, auf die Tagesordnung gesetzt habe, da noch immer eine Entscheidung des Rates ausstehe, die immer wieder vertagt worden sei. Weiterhin informierte er darüber, dass das Feuerschiff Weser kurz vor dem Beginn des Wochenendes an der Jade aufgrund von Befürchtungen, das Schiff könne auf Tiefe gehen, wegverlegt wurde. Beim Verlegen sei festgestellt worden, dass das Schiff bereits auf Grund liege. Es habe sich seit April ein Verein aus interessierten Bürgern zum Erhalt des Feuerschiffes Weser gebildet. Aus dieser Runde haben Experten aus dem Bereich des Korrosionsschutzes und des Schiffbaues eine entsprechende Reparaturliste erstellt.

Anhand einer Fotodokumentation gab er einen Sachstand darüber, in welchem desolaten Zustand sich das Feuerschiff befindet. Aufgrund des Investitionsstaus in der Vergangenheit müsse nun ein Betrag in Höhe von mindestens rd. 2,4 Mio. € in die Hand genommen werden, um das Schiff in einen schwimmfähigen Zustand zu versetzen inkl. der Installation einer Restauration an Bord. Zukünftig müsse mit einem Zuschussbedarf für jährliche Instandsetzungen in Höhe von 100 T€ gerechnet werden. Ähnliches gelte auch für den Tonnenleger Kapitän Meyer.

Herr Dr. von Teichman sprach seine Verwunderung über den o. g. Betrag aus und monierte, dass die alte Vorlage aus 2015 nicht aktualisiert worden sei. Das Gutachten von Becker aus dem Jahre 2016, das eine Schwimmfähigkeit bis zum 30.11.2019 attestiert habe, ergab eine Kostenschätzung für die Instandsetzung des Feuerschiffes Weser in Höhe von rd. 800 T€ (brutto, ohne Restauration). Im März dieses Jahres sei auf dieser Basis ein entsprechender zustimmender Beschluss vom Rat gefasst worden. Er forderte die Verwaltung auf, sich daran zu halten.

Es folgte eine Diskussion über das Traditionserfordernis des Vorhaltens von Schiffen in Hafenstädten auf der einen Seite und die städtische Haushaltssituation auf der anderen Seite, an der sich die Ratsherren **Moriße, von den Berg, Hellwig, Klink-Mibert, Walpurgis und Jacques** sowie **Ratsfrau Glaser** beteiligten.

In diesem Rahmen regte **Herr Moriße** im Hinblick auf die jährlichen Instandhaltungskosten die Einrichtung eines Spendenfonds „Wilhelmshaven für Wilhelmshaven“ an. **Herr von den Berg** verwies auf die Notwendigkeit eines engen Austausches mit der WTF und schlug eine Bereitstellung von Mitteln bei der WTF vor, um auswärtigen schönen Schiffen attraktivere Liegegebühren anbieten oder diese ganz erlassen zu können, um auf diese Weise die Attraktivität des Hafens zu steigern. Er befürwortet, sich von beiden Schiffen aufgrund des desolaten Zustanden zu trennen. **Herr Hellwig** gehe von höheren Kosten als die genannten 2,4 Mio. € aus und betonte die enorme finanzielle Belastung für den städtischen Haushalt in Bezug auf diese freiwillige Aufgabe. Als Kompromiss befürwortete er die Aufgabe eines Schiffes – des Tonnenlegers Kapitän Meyer und damit die Variante a. **Herr Dr. Dr. Klinke-Mibert** stellte die Frage nach der Einwerbung von Zuschüssen auf europäischer Ebene in den Raum. **Herr Walpurgis** sprach sich für die Aufgabe von beiden Schiffen aus und schlug vor, dass der Verein diese Schiffe übernehmen solle und entsprechende Mittel einwerbe. **Herr Oberbürgermeister Wagner** betonte, dass kein Verein das Risiko für das städtische Eigentum der Stadt abnehmen werde. **Herr Jacques** und **Frau Glaser** unterstrichen die Bedeutung der Denkmalschiffe für die Förderung des Tourismus in Wilhelmshaven.

Herr Oberbürgermeister Wagner stellte im Folgenden klar, dass das Gutachten von Becker auf einer Datenerhebung des Jahres 2014 basiere. Eine Schwimmfähigkeit sei bis 2019 attestiert. Eine weitere Verschiebung der Sanierung führe zu noch höheren Kosten in der Zukunft. Es folgte eine Diskussion zwischen **Herrn Oberbürgermeister Wagner** und **Herrn Dr. von Teichman** über den Zeitpunkt der Datenerhebung. **Herr Oberbürgermeister Wagner** verwies in diesem Zusammenhang auf S. 5 des Gutachtens – hier sei das Jahr 2014 in Zusammenhang mit Ultraschallmessungen erwähnt. Des Weiteren sei dem Gutachten zu entnehmen, dass Herr Becker sich auf Besichtigungen bezüglich des Feuerschiffes Weser in 2014 stütze, es habe lediglich eine Besichtigung in 2016 hinsichtlich des Tonnenlegers stattgefunden. Er wies die von Herrn Dr. von Teichmann vorgeworfene Untätigkeit der Verwaltung von sich. So sei im März kein Beschluss im sachlichen Sinne mit einer Aufgabenstellung an die Verwaltung getroffen worden, sondern es sei lediglich die Kenntnisnahme des vorgelegten Gutachtens bekundet worden. Die Verwaltung habe weitere neue Erkenntnisse gesammelt und sei nicht trotz fehlenden Ratsauftrages untätig geblieben. Die aktuell vorliegende Mängelliste sei seit Ende letzter Woche bekannt. Er mahnte den Rat an, zügig eine Entscheidung zu treffen. **Herr Dr. von Teichman** stellte klar, dass der Bund über Herrn Kammer bereits eine Zusage zur Förderung in Höhe von 250 T€ gemacht habe.

Frau Hansemann verwies auf das Erfordernis der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit eines Vorhabens und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Maßnahme KW-Brücke, die letztlich wesentlich teurer wurde als zunächst angenommen. Weiterhin solle man sich nicht auf bedeutende Zuschüsse verlassen.

Herr Oberbürgermeister Wagner lud alle Gruppensprecher und Fraktionsvorsitzenden zu einer Begehung des Feuerschiffs Weser am folgenden Tag um 14.00 Uhr ein.

Herr Dr. von Teichman forderte Herr Leinert zur Beantwortung der Frage auf, ob das neuere Gutachten Herrn Beckers auf einer alten Datenlage aus 2014 beruhe. **Herr Leinert** informierte darüber, dass mit Datum vom 16.10.2016 von Herrn Becker ein Gutachten mit einer Kostenschätzung abgegeben wurde. Herr Becker habe keine Äußerung dahingehend getroffen, dass die Kosteneinschätzung nicht mehr gültig sei.

Herr Dr. von Teichman stellte den Antrag, der Rat möge aufgrund des Beschlusses vom März 2017 und aufgrund des Gutachtens des Herrn Becker, die Verwaltung beauftragen, die beiden Museumsschiffe instand zu setzen. Dieser Antrag wurde mit 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Oberbürgermeister Wagner stellte folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt beschließt die Aufgabe eines Museumsschiffes, und zwar

- a) des Tonnenlegers „Kapitän Meyer“ und / oder
- b) des Feuerschiffs „Weser“.

Sofern zu obigem Beschlussvorschlag die Variante b nicht angenommen wird:

Der Rat beschließt die Bereitstellung der noch zu verifizierenden Instandhaltungs- und Unterhaltskosten in Höhe von bis zu ca. 2,5 Mio. € in den 2. Nachtrag 2017 / 2018.

Sofern zu obigem Beschlussvorschlag die Varianten a und b nicht angenommen werden:

Der Rat beschließt die Aufgabe der Museumsschiffe Feuerschiff Weser und Tonnenlegers Kapitän Meyer. Die Schiffe sind nach Möglichkeit zu verkaufen, notfalls zu verwerten.“

Beschluss: -geändert-

Der Rat der Stadt beschließt die Aufgabe eines Museumsschiffes, und zwar

- a) des Tonnenlegers „Kapitän Meyer“ und / oder
- b) des Feuerschiffs „Weser“.

Sofern zu obigem Beschlussvorschlag die Variante b nicht angenommen wird:

Der Rat beschließt die Bereitstellung der noch zu verifizierenden Instandhaltungs- und Unterhaltskosten in Höhe von bis zu ca. 2,5 Mio. € in den 2. Nachtrag 2017 / 2018.

Sofern zu obigem Beschlussvorschlag die Varianten a und b nicht angenommen werden:

Der Rat beschließt die Aufgabe der Museumsschiffe Feuerschiff Weser und Tonnenlegers Kapitän Meyer. Die Schiffe sind nach Möglichkeit zu verkaufen, notfalls zu verwerten.“

zu a) mehrheitlich zugestimmt

zu b) mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zur Bereitstellung der Mittel in den 2. Nachtrag 2017/2018: mehrheitlich zugestimmt

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss

228/2017

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

- keine Wortbeiträge -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. August Desenz, Erich-Kästner-Ring 13, 26386 Wilhelmshaven	1.200,00€	Sachspende von 120 Teddybären an den Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Wilhelmshaven
2. Roland Slowinski, Otto-Meentz-Str. 12, 26382 Wilhelmshaven	200,00 €	1. Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven
3. Roland Slowinski, Otto-Meentz-Str. 12, 26382 Wilhelmshaven	410,00 €	2. Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven

6 Mitteilungen und Anfragen6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

Herr Oberbürgermeister Wagner informierte darüber, dass Gespräche über eine Beteiligung der AWW an der Jadebay GmbH stattgefunden haben. Dies sei in der Gesellschafterversammlung im Juli diskutiert worden, an der er selbst urlaubsbedingt nicht teilnehmen konnte. Er bedauerte, dass die Informationen über die Zeitung an den Rat gelangt seien. Es gäbe Gespräche zwischen den Landräten und dem AWW. Die Verwaltung werde spätestens im Oktober einen abgestimmten Vorschlag zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung vorlegen.

6.2 Stabilisierungshilfe

Herr Müller erinnerte im Rahmen des Erhalts der Stabilisierungshilfe im vergangenen Jahr an die Verpflichtung gegenüber der Kommunalaufsicht, ab 2019 durch Konsolidierungsmaßnahmen ausgeglichene Haushalte in Planung und Rechnung vorzulegen. So unterliege die Stadt einem besonderen Controlling durch die Kommunalaufsicht, deren Berichterstattung jährlich zum 30.06. abzugeben sei. Diese sei erstmals zum 30.06.2017 erfolgt. Der Bericht enthalte im Wesentlichen Aussagen zur Entwicklung des städtischen Haushaltes (zum ordentlichen Ergebnis, zur Entwicklung des Gesamtfehlbetrages, zum Stand der Liquiditäts- und Investitionskredite und zur Umsetzung der vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen). Der Bericht werde dem Protokoll angehängt, für Rückfragen stehe die Verwaltung gerne zur Verfügung.

Herr Dr. von Teichman bat um eine Statusmeldung zu den Wochenmärkten. **Frau Winkel-Fiedelak** sicherte dies für den Ausschuss Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz in 09/2017 zu.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:47 Uhr

Wagner
Oberbürgermeister

Breuer
Vorsitzende

Fürst
Protokollführerin